

Ukraine – Inflation – steigende Energiepreise – Kriminalitätsentwicklung – polizeiliches Bildungsdesaster

Liebe Leserinnen und Leser,

die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine machen uns sprachlos. Besonders sprachlos macht dabei, wie lange die Welt dem Treiben des russischen Machthabers zugeschaut hat, ohne auch nur annähernd zu sehen, wie dieser Schritt für Schritt die Grenzen überschreitet. Wie naiv war die Welt, und gerne kann man die Welt mit unseren Regierungen gleichsetzen, die alle Schutzmaßnahmen

Inhalt

- 2 Im Gespräch mit Ministerialdirektor Jörg Krauss
- 3 DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer und Stellvertreter Oliver Auras erneut in das Kuratorium der Hochschule für die Polizei berufen
- 3 DPoIG und Beamtenbund fordern Anhebung des Kilometergelds bei Dienststreifen
- 4 Kreisverband HfPol (Hochschule für Polizei) Herrenberg gegründet
- 5 Vier-Säulen-Modell – Sonderausgabe des Polizeikuriers in Vorbereitung
- 7 Freifahrt für Kripobeamte/-beamtinnen – jetzt: Hesticket für alle
- 8 DPoIG fordert Ausstattung mit CO-Warner

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

aufgegeben haben und „In-sichvergessen“, es versäumten, eigene Abwehrkräfte zu mobilisieren, um sich nicht völlig machtlos unterwerfen zu müssen und ausgeliefert zu sein. Dabei gibt es unmittelbare Zusammenhänge zwischen der vernachlässigten Außenverteidigung und der vernachlässigten Inneren Sicherheit.

Wie oft haben wir gefordert, dass man mehr in die Innere Sicherheit investieren muss. Wie oft haben wir darauf hingewiesen, dass unsere Technik nicht ausreicht. Wie oft haben wir auf personelle Defizite hingewiesen. Wie oft haben die Medien über Parallelwelten, Clankriminalität oder Cyberkriminalität berichtet. Wir haben uns den Mund „fusselig“ geredet. Und dabei sind wir vermutlich gar nicht so weit entfernt von den Auswirkungen verfehlter Verteidigungspolitik.

In den vergangenen Tagen hat das Innenministerium mit neuer Hochglanzbroschüre den Sicherheitsbericht aufgelegt. Nach und nach präsentierten die Polizeipräsidien die polizeiliche Kriminalstatistik. Dabei war die Gefahr noch nie so groß, die polizeiliche Glaubwürdigkeit zu verspielen. Selbst in dieser Polizei glaubt das doch keiner mehr. Und zwar auch dann nicht, wenn in den Veröffentlichungen auf die allgemeinen Belastungen, pandemiebedingten Auswirkungen und statistischen Unwuchten hingewiesen wird. Die ministerielle Botschaft ist – wir leben sicher in Baden-Württemberg. Die Wahrheit ist, wir leben so unsicher wie in der Vergan-

genheit und die Voraussetzungen sind so (schlecht), dass sich aus eigener Kraft daran auch nichts ändern wird. Die Polizei leistet gute Arbeit, aber mehr war und ist nicht drin.

Vor einigen Tagen wurde die Verkehrsstatistik veröffentlicht. Sie steht der Polizeilichen Kriminalstatistik in nichts nach. Manche Verkehrspolizeiinspektionen sind personell kaum noch funktionsfähig. Aber der Bevölkerung wird der Eindruck vermittelt, dass es die Polizei ist, die dafür gesorgt hat, dass es weniger Verkehrsunfalltote gab.

Und intern? Intern leistet sich die Polizei, nein das Innenministerium, eine Wertediskussion, als hätten wir keine anderen Probleme. Diesen Eindruck könnte man zumindest von der Tagesordnung der Polizeichefbesprechung bekommen in der das Thema „Sachstand Führungs- und Wertekultur“ mit einer Zeitvorgabe von 90 Minuten für die Diskussion das mit Abstand größte Zeitlimit erfährt, während für anderen Themen gerade einmal fünf oder zehn Minuten vorgesehen sind. Sind das unsere Probleme?

Die Inflation wird nicht nur die Privatpersonen treffen, sondern auch den Staat. Sehr schnell wird man spüren, dass zwar mit den steigenden Spritpreisen die Einnahmequellen sprudeln, aber auch, dass man mehr Geld für den „Betrieb der Polizei“ benötigt. Und man kann darauf warten, bis wir wieder Fahrten reduzieren



> Ralf Kusterer

müssen. Es ist und bleibt die Sicherheit nach Kassenlage.

Heute merken wir, dass es ein Fehler war, die polizeiinternen Tankstellen aufzugeben – übrigens, auch das hatte die DPoIG vorausgesagt. Wir sind nicht darauf vorbereitet, wenn es knapp wird. Und das ist nur ein Beispiel.

In der letzten Ausgabe des POLIZEISPIEGELS haben wir noch die Frage gestellt, wann denn das Innenministerium eine Entscheidung zur Ausbildungsreform trifft? Unterdessen wurde diese Entscheidung so getroffen wie erwartet – vorbei an den Polizeiexperten und der Meinung der Gewerkschaften und des Hauptpersonalrats. Auch so kann man Politik machen und Entscheidungen treffen. Wer aber glaubt, dass diese Politik noch die Zustimmung der Mehrheit der Polizeibeschäftigten und deren Familien erfährt, der irrt.

Ihr/Euer Ralf Kusterer

Im Gespräch mit dem Amtschef des Finanzministeriums, Ministerialdirektor Jörg Krauss

Manchmal sind es ja die kurzen und intensiven Gespräche, die insbesondere dann möglich sind, wenn die Gesprächspartner wissen, wovon und über was sie reden.

Dazu gehören mit Sicherheit die Gespräche mit dem Amtschef des Finanzministeriums, MD Jörg Krauss. Schließlich hat dieser als „Wachtmeister“ in der Polizei angefangen und seine polizeiliche Karriere als Vizepräsident beim LKA beziehungsweise Leiter der Polizeidirektion Tübingen beendet, bevor er dann in das Staatsministerium wechselte und vor seiner Berufung 2016 zum Ministerialdirektor und Amtschef des Finanzministeriums Regierungspräsident in Stuttgart war.

Nachdem am 16. Februar 2022 MD Krauss im Rahmen einer Sitzung des Beamtenbundes zugeschaltet war, nutzte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer die Gelegenheit, um erste Analysen und Auswirkungen des sogenannten Vier-Säulen-Modells anzusprechen. Dabei ging es im Kern darum, dass es nach dem 1. Dezember 2022 zu einem überdimensionalen POK/KOK-Bauch kommen wird und bisher keine Absichten bestehen, die Situation in den Besoldungsgruppen A 11 und höher und da-

mit unmittelbar auch verbunden die (über)langen Wartezeiten in A 10 zu verbessern. MD Krauss erkannte das Problem und sagte zu, dass man das Thema angehen müsse. Heißt: Es steht „JETZT“ auf der Agenda.

Bei der angedachten neuen Besoldungstabelle ab Dezember 2022 (nur noch zehn statt zwölf Erfahrungsstufen) ist vorgesehen, dass es die letzten Stufen nicht in allen Besoldungsgruppen gibt. Ausgerechnet in den unteren Besoldungsgruppen soll es die Stufe 10 nicht geben. Dieses Thema hatte Ralf Kusterer bereits vor einigen Jahren mit dem Amtschef diskutiert. Der Baden-Württemberg-Bonus

hatte aber seinerzeit ein solches Vorhaben verhindert. Kusterer machte deutlich, dass man vor einigen Jahren im Tarifbereich in den höheren Gehaltsgruppen die (letzte) 6. Entgeltstufe geschaffen hatte. Im Beamtenbereich ist es gerade umgekehrt. Dort sind es die niedrigeren Besoldungsgruppen, die keine (letzte) 10. Erfahrungsstufe erhalten. Hier sagte MD Krauss zu, dass er das einspeisen werde und man das (wohlwollend) prüfe.

Das sind nur zwei Beispiele dafür, wie tief sich die DPoIG-Mandatsträger bereits in ein 182-Seiten-Papier eingearbeitet haben und erste Defizite bereits angehen. ■



© DPoIG.BW

> Im Gespräch mit dem Amtschef des Finanzministeriums, Ministerialdirektor Jörg Krauss.

DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer und Stellvertreter Oliver Auras erneut in das Kuratorium der Hochschule für die Polizei berufen

Mit Schreiben des Innenministeriums vom 4. März 2022 zur Berufung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kuratoriums der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, wurden der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und dessen Stellvertreter Oliver Auras für die Amtszeit bis 16. Mai 2025 erneut in das Gremium berufen.

Das Kuratorium der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg setzt sich aus Vertretern des Innenministeriums, des Wissenschaftsministeriums, der Polizeiführung des Landes, der Stadt Villingen-Schwenningen, der Gewerkschaften und Berufsverbände sowie der Leitung der Hochschule für Polizei

Baden-Württemberg zusammen. Das Kuratorium hat die Aufgabe, die Hochschule in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Zusammenarbeit der Hochschule mit der Praxis zu fördern. Das Kuratorium ist zu grundsätzlichen Angelegenheiten der Hochschule zu hören. Die Mitglieder des Kuratoriums tagen jährlich einmal an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg.

Beide, sowohl Kusterer als auch Auras, gehörten dem Kuratorium auch bereits in der letzten Amtszeit an, die eigentlich im Mai 2021 geendet hätte, aber pandemiebedingt fortgeführt wurde. Kusterer selbst ist seit 2007 Mitglied des Kuratoriums und dürfte am Ende



> Ralf Kusterer und Oliver Auras

dieser Amtszeit zu den wenigen gehören, die über 20 Jahre

dem Kuratorium der Hochschule für Polizei angehörten. ■

DPoIG und Beamtenbund fordern Anhebung des Kilometergelds bei Dienstreisen

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft und Mitglied im Landesvorstand, Daniel Jungwirth, fordert die Landesregierung auf, das Kilometergeld für Dienstreisen mit dem Privatwagen umgehend den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

BBW-Chef Kai Rosenberger spricht von einer deutlichen Anhebung der Wegstreckenentschädigung auf mindestens 45 Cent pro Kilometer, die erforderlich ist. Jungwirth unterstreicht die dramatische Entwicklung der Treibstoffpreise:



> Daniel Jungwirth

„Dafür reichten die 35 Cent pro Kilometer nicht mehr aus, die

das Landesreisekostenrecht gegenwärtig maximal vorsieht.“

Die Ampelregierung hat aufgrund der Lage auf dem Energiesektor im Februar 2022 – und damit zwei Jahre früher als geplant – die Anhebung der Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer rückwirkend zum 1. Januar 2022 von 35 Cent pro Kilometer auf 38 Cent pro Kilometer auf den Weg gebracht.

In den zurückliegenden Wochen hat sich die Welt verändert. Die Spritpreise haben sich mehr als verdoppelt, Tendenz steigend. Mit dem Krieg in der Ukraine

begann dann eine für alle nicht vorhersehbare Kostenexplosion der Energiepreise. Aufgrund der aktuellen Preisentwicklung bei den Spritpreisen muss jetzt auch die Landesregierung handeln – und zwar überall, wo das möglich ist.

Der BBW-Vorsitzende Rosenberger fordert: „Jetzt dürfen alle, die dienstlich unterwegs sind und ihren privaten Pkw für Dienstreisen einsetzen, Diesel und Benzin teuer bezahlen, nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Sie haben ein Anrecht darauf, dass der Dienstherr sie entsprechend entschädigt.“ ■



> Geschäftsführer Hans-Martin Mannheimer, LaVo Ralf Kusterer, kommissarische Leitung des Standorts Herrenberg, Christiane Maisch, stellvertretende Vorsitzende Reiner Weippert und Wolfgang Weing, Schatzmeisterin Gertrud Graßl (von links)

Kreisverband HfPol (Hochschule für Polizei) Herrenberg gegründet

Start mit mehr als 540 Mitgliedern

Bereits vor einigen Jahren, als es absehbar war, dass in Herrenberg ein zusätzlicher Bildungsstandort entsteht, hatte der Landesvorstand den Weg für die Bildung eines Kreisverbandes am Schulstandort Herrenberg frei gemacht. Pandemiebedingt, musste nach dem Start des Bildungsbetriebes in Herrenberg die Gründungsveranstaltung immer wieder verschoben werden, Am 10. März 2022 war es dann so weit. Genauer gesagt, am 10. März 2022 um 17.28 Uhr war es so weit. Mit dem Abschluss der Wahlen war der jüngste Kreisverband in der Geschichte der DPoIG Baden-Württemberg gegründet.

Nachdem sich am Nachmittag der Landesvorsitzende Ralf Kusterer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hauptpersonalrats mit der „Chefin“ vor Ort, Polizeioberrätin Christiane Maisch, und dem Örtlichen Personalrat zu einem mehr als vierstündigen Austausch und Vororttermin getroffen hatte, konnten die zukünftigen Aktiven nahtlos in die Gründungsveranstaltung übergehen.

Der bisherige Ansprechpartner der DPoIG für den Standort Herrenberg, Daniel Sailer, Geschäftsführer des Kreisverbandes HfPol Böblingen, begrüßte die Anwesenden und erläuterte die Formalien zur Gründungsveranstaltung. Ralf Kusterer übernahm dann die



> Beatrice Schuster



> Daniel Sailer

Wahlen und das weitere Gründungsprozedere. In den kommenden Wochen wird der Kreisverband die Vorstandsgeschäft um weitere Funktionen erweitern, um ein reichhaltiges Betreuungsangebot anbieten zu können.

Ralf Kusterer bedankte sich bei Daniel Sailer, der sich bereits in Böblingen um die lange ausgelagerten Beschäftigten und DPoIG-Mitglieder aus Herrenberg kümmerte. Nachdem die „Personalgewinnung“, der Daniel Sailer angehört, nach Herrenberg umgezogen sei, so Kusterer, sei jetzt der richtige Mann vor Ort.

Der Kreisverband startet eigentlich von null auf 100. Mit der Gründung zählen sofort 540 Mitglieder zu diesem Kreisverband. Die Personalratswahlen hatten schon vor über einem Jahr dafür gesorgt, dass es einen reinen DPoIG-Personalrat in Herrenberg gibt. Und es verwundert nicht, dass die ÖPR-Mitglieder sich alle wieder im neuen Team des Kreisverbandes wiederfinden. Auch deshalb ist Daniel Sailer mit seiner Mannschaft zuversichtlich für die Zukunft: „Wir sind ein tolles Team, wir kennen und schätzen uns alle und beginnen nicht erst heute mit der Arbeit.“

Kreisvorsitzender	Daniel Sailer
Stellvertretender Vorsitzender	Wolfgang Weing
Stellvertretender Vorsitzender	Reiner Weippert
Geschäftsführer	Hans-Martin Mannheimer
Schatzmeisterin	Gertrud Graßl
Kassenprüferin	Saskia Schmidt
Kassenprüferin	Beatrice Schuster

Vier-Säulen-Modell – Sonderausgabe des Polizeikuriers in Vorbereitung

Eines der bestimmenden Themen seit unserer Dezember-Ausgabe des Polizeikuriers und der „letzten Meldung“ im POLIZEISPIEGEL, war und ist das Thema „Vier-Säulen-Modell“. Nach Erhalt der Ressortvorlage beschäftigte sich das Expertenteam der DPoIG bestehend aus dem Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand und Beauftragten für Sonderaufgaben, Dirk Preis, der Geschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert und dem Landesvorsitzenden Ralf Kusterer mit dem 182-Seiten-Papier. Dabei entstanden in den vergangenen Tagen umfangreiche Berechnungen und Analysen sowie juristische Prüfungen, in denen die „Knackpunkte“ herausgearbeitet wurden und damit auch der gewerkschaftspolitische Handlungsbedarf ermittelt wurde.

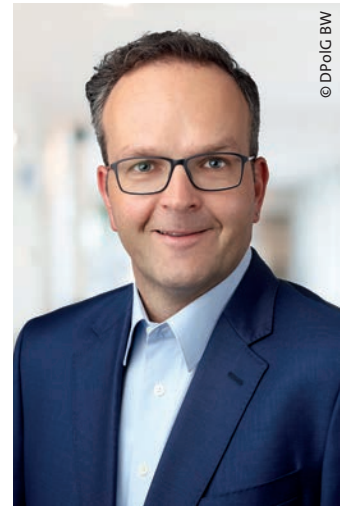
Aktuell befindet sich eine Sonderausgabe des Polizeikuriers in Vorbereitung, die sich im Schwerpunkt mit dem Vier-Säulen-Modell beschäftigt. Wie immer erhalten unsere Mitglieder den Polizeikurier über die angegebene dienstliche E-Mail-Adresse.

In den vergangenen Tagen erhielten wir zahlreiche Anfragen zu den anstehenden Veränderungen im mittleren und gehobenen Dienst. Dabei beschäftigten sich alle Anfragen mehr oder weniger mit den Aufstiegsmöglichkeiten. Leider gab es auch viele Rückmeldungen, die weniger die positiven Entwicklungen im mittleren Dienst sahen, als vielmehr eigene Benachteiligungen erkannten, weil sie selbst im fortgeschrittenen Alter (Dienstalter) waren und kaum

noch in den Genuss umfangreicher Verbesserungen kommen. Vielleicht ist es sogar etwas schade, dass einige dabei eigene Vorteile überhaupt nicht erkannten. Grund genug, Aufklärung zu betreiben.

Dirk Preis macht dabei klar: „Es sind vier Säulen und nicht nur eine Säule. Man muss alle Säulen betrachten. Am Ende wird es nur wenige geben, die nicht unmittelbar bei einer der Säulen begünstigt werden.“

Dabei erinnert er daran, dass in der zweiten Säule die Erfahrungsstufen verändert werden, das heißt, die Besoldungstabelle wird verändert. Das führt bei vielen zu mehr Geld im Portemonnaie. Beamte/Beamtinnen mit Kindern werden je nach Besoldungsgruppe deutliche Zuwendungen durch



> Dirk Preis

die vierte Säule erhalten. Und letztlich werden zahlreiche Kolleg(inn)en von den Veränderungen im Beihilfebereich (dritte Säule) profitieren. Auch darüber werden wir im Polizeikurier berichten. ■

DPoIG im Gespräch – mit dem Kooperationspartner BBBank



> Sarah Leinert, BBBank-Direktor für den öffentlichen Dienst, Michael Lutz, und Ralf Kusterer (von links)

Seit Jahren sind die BBBank und die Deutsche Polizeigewerkschaft Kooperationspartner in allen Finanzangelegenheiten. Nicht nur, dass fast alle Konten der Deutschen Polizei-

gewerkschaft auf Landes-, Bezirks- und Kreisverbandsebene bei der BBBank sind. Die BBBank bietet den Mitgliedern der Deutschen Polizeigewerkschaft auch alle Finanzdienst-

leistungen der Bank an und hält besondere Mitgliedervorteile und Angebote vor.

Am 9. März 2022 trafen sich die Geschäftsführerin und Jus-

tiziarin Sarah Leinert und der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer mit dem Direktor für den öffentlichen Dienst der BBBank, Michael Lutz, zu einem mehrstündigen Informationsaustausch.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Entwicklung des weltweiten und europäischen Finanzmarktes ebenso wie die aktuelle Entwicklung im deutschen Bankenwesen. Dabei konnte der Finanzspezialist über die positiven Entwicklungen innerhalb der BBBank, unter anderem auf dem Gebiet der Baufinanzierung und des Anlageportfolios, berichten. ■



> PR-Schulung Konstanz, 9. März 2022

Schulung von Personalratsmitgliedern unter hohen Hygieneschutzmaßnahmen

Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn bietet optimalen Schutz

Es gibt Dinge, die darf man durchaus als systemrelevant und zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes zählen – so auch die Schulung von Personalratsmitgliedern. Denn ohne gut ausgebildete Personalratsmitglieder ist eine optimale Personalratsarbeit und damit auch ein reibungsloser Dienstbetrieb nicht möglich. Aus diesem Grund hat die DPoIG nach der Schulung von 250 Personalratsmitgliedern im Jahr 2021 das Schulungskonzept für das Jahr 2022 erweitert. Mit kleinen Gruppen und an den Hygiene- und Schutzmaßnahmen des Instituts für Fortbildung orientiert, wurde im Februar 2022 mit den ersten Schulungen begonnen. Dabei startet jede Schulung mit einem durch einen Apotheker vor Ort durchgeführten Coronatest. Nach über 300 Teilnehmer(inne)n

kann man feststellen, dass die Abläufe und Maßnahmen gut geplant waren.

Im ersten Teil wurden die Personalräte primär im formellen Recht und im Teil 2 im materiellen Recht geschult. Dabei war es positiv, dass die Schulungen jeweils im Rahmen der Teams in den Örtlichen Personalräten durchgeführt wurden. Das stärkte die Zusammengehörigkeit und den Zusammenhalt. Das Team im Waldhotel lieferte wieder optimale Rahmenbedingungen. Das eingespielte Schulungsteam mit starkem Praxisbezug war und ist erneut Garant für die qualifizierte Aus- und Weiterbildung, was bei den Teilnehmer(inne)n nur zu großem Lob führte. ■

© DPoIG BW (3)



> PR-Schulung Reutlingen, 2. März 2022



> PR-Schulung Offenburg, 16. März 2022

Freifahrt für Kripobeamte/-beamtinnen – jetzt: Hessenticket für alle

Es ist diese „never ending story“, die einen auf die Palme bringen kann. Insbesondere dann, wenn man so kurz vor dem Ziel war. Das gilt auf jeden Fall für die Freifahrtregelung für Kripobeamte. Und man kann und muss das wiederholen: Das Innenministerium hat zu verantworten, dass diese Regelung noch nicht eingeführt wurde. Der DPoIG-Landesvorsitzende Kusterer hatte in Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium die notwendigen Voraussetzungen auf den Weg gebracht. Die Pressemitteilung dafür war schon geschrieben, als man doch noch das Innenministerium miteinbezogen hatte. Und dann waren sie dort, die ewigen Bedenkenträger, denen eigene Projekte wichtiger waren und die als vorgeschobene Begründung dafür die Kripomarkte auf den Weg brachten. Zwischenzeitlich wissen wir: Die Kripomarkte

gibt es, die Vorteile sind überschaubar und eher „nice to have“, um bei Anglizismen zu bleiben.

Kripobeamte können nach wie vor nur dann den ÖPNV kostenlos nutzen, wenn diese eine Uniform tragen. Ein Sicherheitsgewinn im ÖPNV – nicht einmal unter dem Stichwort „Sicherheit im öffentlichen Raum“ – konnte niemand überzeugen. Auch die salbungsvollen Worte eines kaum beachteten Positionspapiers zur Attraktivität der Kriminalpolizei bleiben Schall und Rauch.

Unterdessen erneuert der stellvertretende Landesvorsitzende sowie Bundes- und Landestarifbeauftragte Edmund Schuler die Forderung nach einem Freifahrtticket nach hessischem Modell. Denn dort fährt jeder Be-



> Edmund Schuler

schäftigte, nicht nur der Schutzpolizist, kostenfrei im ÖPNV. Schuler: „Das ist gerade in Zeiten wie jetzt ein deutlicher Vorteil gegenüber Baden-Württemberg. Für die Tarifbeschäftigten wird es immer schwieriger, bei den Spritpreisen die Fahrten zur Dienststelle zu finanzieren. Manche von ihnen würden ja auch ein Job-

rad nehmen, wenn sie denn eines bekommen würden.“

Schuler erneuert die Forderungen neben dem Hessenticket, auf bezuschusste Jobradangebote und eine Erhöhung des Jobtickets. Am Ende, so Schuler, müsse aber das Hessenticket stehen, schon insbesondere auch aus Umweltgründen. ■

Aufstieg in den gehobenen Dienst

Auswahlverfahren für die Zulassung zum Studium bei der HfPol

Monat März 2022 und noch keine Ausschreibung für die Bewerbungen zum Auswahlverfahren für den Aufstieg in den gehobenen Dienst – das hat es in den vergangenen 20 Jahren nicht gegeben. Grund dafür ist ein neuer Studienablauf für das sogenannte erfahrungsbasierte Studium an der Hochschule für Polizei für Kolleginnen und Kollegen aus dem mittleren Dienst.

Seit Jahren stand eine Verkürzung des Studiums und eine



> Jürgen Engel

Anerkennung der Berufspraxis auf der Agenda der DPoIG. Und natürlich gehört es zur Wahrheit, dass es der DPoIG und deren Mandatsträgern viel zu langsam ging. Aber wenn die Verkürzung jetzt (seit 2021) greift, ist das zunächst eine gute Botschaft. Was natürlich nicht heißt, dass die DPoIG mit dem neuen Verfahren und insbesondere den begrenzten Zulassungszahlen zufrieden ist. Auch weil es gelungen ist, dass im letzten Jahr die Zulassungszahlen um fast 20 Prozent



durch das Engagement der DPoIG erhöht wurden.

Nachdem das Studium jetzt nur noch alle 18 Monate beginnt, wird das diesjährige Zulassungsverfahren erst im Herbst starten. Nach Einschätzung der DPoIG wird das Zulassungsverfahren nach September 2022 stattfinden. Damit haben die Kolleg(inn)en unter anderem vom PP Einsatz die Möglichkeit, sich nach den Versetzungen im Herbst bei den Regionalpräsidien zu bewerben. Die DPoIG geht davon aus, dass das

schriftliche Verfahren im Oktober beziehungsweise November 2022 stattfindet. Wichtig ist, dass das nächste Studium nicht im Oktober 2022, sondern erst im April 2023 beginnt.

Begrüßenswert sind dabei zahlreiche Änderungen, für die sich die DPoIG seit vielen Jahren einsetzt, allen voran die Teilnahmeöffnung, so dass wirklich alle Bewerber bei Erfüllen der Grundvoraussetzungen mitschreiben dürfen. Damit kann jeder selbst mit seinem Abschneiden im

Test, der sich an den Lehrinhalten des mittleren Dienstes orientiert, ein Bestehen beeinflussen. Bis zum letzten Jahr waren die Teilnehmerplätze noch stark begrenzt. Außerdem soll künftig eine Mindestnote in den Beurteilungen von 3,5 und eine Laufbahnprüfungsnote von „befriedigend“ ausreichen. Wichtig für die DPoIG bleibt weiterhin, dass die Begrenzung der Anzahl der Teilnahmen am Verfahren ausgesetzt bleibt. Wie sich der neu entworfene Aufstiegseignungsvermerk (AEV), bei dem

mindestens 10 von 30 Punkten erforderlich sind, in das Verfahren einfügt bleibt abzuwarten.

„Natürlich“, so Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender, „wird die DPoIG wieder mit den Veranstaltungen ‚Fit for Test‘ die Bewerber(innen) der DPoIG tatkräftig bei den Vorbereitungen unterstützen.“ Die DPoIG wird nach Bekanntgabe des Bewerbungstermins und des Termins für die schriftliche Prüfung rechtzeitig die Termine für die „Fit for Test“-Veranstaltungen bekanntgeben. ■

DPoIG fordert Ausstattung mit CO-Warner

Aufgrund eines Einsatzes mit verletzten Kolleginnen und Kollegen durch Kohlenstoffmonoxid (CO) fordert die DPoIG Baden-Württemberg die sofortige Ausstattung des Streifendienstes mit Dosiswarngeräten – sogenannten CO-Warnern – in persönlicher Ausstattung, zumindest aber für die Funkstreifenfahrzeuge.

Erst vor wenigen Tagen wurde in Hamburg eine solche Forderung umgesetzt – natürlich durch die DPoIG.

Gerade die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst sind während ihrer täglichen Arbeit auch solchen Gefahren ausgesetzt. Dazu der Ulmer Bezirks-

vorsitzende Peter Vietz: „Die Einführung von CO-Warngeräten ist längst notwendig. Immer wieder kann man nur von Glück sprechen, wenn die Feuerwehrcollegen frühzeitig vor Ort sind und uns warnen können. Wir brauchen eine persönliche Ausstattung mit Dosiswarngeräten.“

In Ulm wurden, noch zu den Zeiten der (alten) Polizeidirektion, einige dieser CO-Warner für die Streifendienste auf eigene Kosten (PD-Kosten) beschafft.

Diese sind, wenn auch in geringer Stückzahl, noch heute vorhanden, leisten aber nach wie vor treue Dienste. Diese haben bereits in vielen zurückliegenden Einsätzen gewarnt, so die eingesetzten Kräften vor dem unsichtbaren und geruchslosen Gas geschützt und vermutlich auch schon Leben gerettet

Vietz dazu: „Bessere Argumente kann man meiner Ansicht nach gar nicht anführen!“ ■



> Peter Vietz

© DPoIG BW



Die DPoIG Baden-Württemberg wünscht ein fohees Osterfest.

© pixabay